



Trauer um Chefredakteur Jürgen Mladek



RAVENSBURG – Die „Schwäbische Zeitung“ trauert um ihren Chefredakteur Jürgen Mladek.

Mladek ist am Mittwochmorgen in Ravensburg verstorben, vermutlich in Folge eines akuten Herz-Kreislauf-Vorfalles. „Die Redaktion und die gesamte Belegschaft der SV Gruppe stehen unter Schock und sind traurig über diesen Verlust“, sagt Lutz Schumacher, CEO von Schwäbisch Media. Mladek, Jahrgang 1968, kam nach einem Volontariat bei den „Fränkischen Nachrichten“ und Stationen bei zahlreichen ostdeutschen Medien im Jahr 2011 zur Nordkurier Medien-gruppe in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern), die seit 2021 Teil der SV Gruppe ist. 2022 wechselte er als Chefredakteur innerhalb der Gruppe zur „Schwäbischen Zeitung“. Seit April war er zudem Vorsitzender des neu geschaffenen Editorial Boards. (sz) SÜDEN



Mit Gewehren gegen Bären?

Erst am Mittwoch kam wieder eine traurige Nachricht aus Rumänien: Ein Braunbär hat eine 19-Jährige, die dort beim Wandern war, getötet. Doch während in den Karpaten gut 8000 der gefährlichen Raubtiere leben, sind sie hierzulande überaus selten. Dennoch hat nun die Oberallgäuer Landrätin Indra Baier-Müller die Gründung einer bewaffneten bayerischen Braunbärenbereitschaft verlangt. Die Kommunalpolitikerin von den Freien Wählern denkt, dass die Bärenpolizei jederzeit einsatzbereit sein müsse, falls hierzulande doch eines der Tiere auftaucht. (dpa) PANORAMA

Nicht in Detailfragen verlieren



Stefan Fuchs

Leitartikel

FOTO: SZ

Die Menschen im Südwesten sind unzufrieden mit der Bildungspolitik des Landes. Dieses Signal ist eindeutig und ein klarer Auftrag in Richtung Politik, mehr im Bildungssektor zu investieren. Es lohnt sich aber ein genauer Blick.

Auffällig ist an den Ergebnissen des BaWü-Checks, dass diejenigen, die direkt von den Entscheidungen aus Kultusministerium und Regierungspräsidien betroffen sind - die Eltern schulpflichtiger Kinder - etwas weniger unzufrieden sind, als die übrigen Befragten. Das und die immer noch vorhandene Zufriedenheit vieler mit den Schulen und den Lehrerinnen und Lehrern selbst zeigt: Im Grundsatz steht die Bildung im Südwesten noch immer auf einem soliden Fundament. Das gilt es allerdings zu erhalten, bevor es gänzlich zerbröckelt.

In Stuttgart wird dazu aus allen Richtungen viel diskutiert: über dreigliedrige Schulsysteme, verbindliche Grundschielempfehlungen oder das Ende des Werkrealschulabschlusses. All diese Debatten gelangen aber kaum zum Kern dessen, was sich die Eltern im Land wünschen: Ausreichend Personal für guten und umfassenden Unterricht. 62 Prozent der Bürger insgesamt und 59 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder sehen den Lehrermangel als größtes Problem. Der Blick in Richtung Skandinavien zeigt außerdem: Wo mehr Lehrer für weniger Schüler zuständig sind, ist das Abschneiden bei Bildungsstudien deutlich besser.

Entscheidend ist schließlich nicht, welches Kind zu welchem Zeitpunkt an welcher Schule kaum Aufmerksamkeit bekommt. Viel wichtiger für den Lernerfolg ist, dass Zeit und Raum für individuelle Betreuung vorhanden sind. Dass aktuell massiv um Quereinsteiger in den Lehrerberuf geworben wird, kann daher nur ein Zwischenschritt sein. Langfristig muss der Job an der Tafel - oder heute am Whiteboard - deutlich attraktiver werden. s.fuchs@schwaebische.de

Schlechtes Zeugnis für die Schulpolitik

Von Ulrich Mendelin

Eine Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg sieht die Bildungspolitik der Landesregierung kritisch. Die Schulen selbst bekommen etwas bessere Noten.

RAVENSBURG – 37 Prozent der Bevölkerung bewerten die Arbeit von Grün-Schwarz im Bereich der Bildung als „weniger gut“, weitere 14 Prozent als „gar nicht gut“. Das geht aus dem aktuellen BaWü-Check hervor, der repräsentativen Allensbach-Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Würt-

temberg. Nur 4 Prozent stellen der Arbeit der Landesregierung im Bildungsbereich ein „sehr gutes“ Zeugnis aus, 24 Prozent finden sie „gut“. 21 Prozent der Bürger trauen sich kein Urteil zu.

Befragt wurden auch speziell die Eltern schulpflichtiger Kinder. Unter ihnen weicht der Anteil der weniger oder gar nicht Zufriedenen mit 38 und 13 Prozent kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt ab.

Hingegen ist der Anteil jener, die mit der grün-schwarzen Bildungspolitik zufrieden oder sehr zufrieden sind, mit 28 und 9 Prozent deut-

lich höher als in der Gesamtbevölkerung. Ein eigenes Urteil trauen sich unter den



FOTO: SV-GRAFIKI

Eltern nur 12 Prozent nicht zu.

Angesichts der kritischen Haltung zur Bildungspolitik fällt das Urteil über die Schulen selbst vergleichsweise milde aus. Auf die Frage, für wie gut sie die Schulen in Baden-Württemberg alles in allem halten, antworten 45 Prozent mit „nicht gut“ oder „schlecht“, während 47 Prozent sie als „gut“ oder sogar „sehr gut“ einschätzen. Unter den Eltern schulpflichtiger Kinder hat sogar eine knappe Mehrheit (53 Prozent) ein positives Bild von Schulen, während 42 Prozent ein negatives Bild haben. Der

Rest ist unentschieden. Als größte Probleme an Schulen nehmen Eltern, aber auch die Bevölkerung insgesamt, den Mangel an Lehrern, eine zunehmende Gewalt, nicht ausreichende Deutschkenntnisse von Schülern sowie eine schlechte digitale Ausstattung in den Klassenzimmern wahr.

Auch mangelnde Disziplin und die Integration von Flüchtlingskindern werden von vielen Menschen als Probleme wahrgenommen. Für die Herausforderungen des Lehrerberufs bringen die Befragten viel Respekt auf. **LEITARTIKEL, SEITE DREI**

Kampffjets für Kiew

Die Nato verspricht der Ukraine mehr Hilfe und liefert die lange versprochenen F-16-Kampfflugzeuge. Streit um die Beitrittsperspektive hält an.

Das westliche Verteidigungsbündnis macht Tempo bei der Ausrüstung der Ukraine mit Kampfflugzeugen: Der Transfer von F-16-Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark am Dienstag in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington an. Damit könnten die

Maschinen noch diesem Sommer zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Das Bündnis sichert dem von Russland angegriffenen Land zudem zu, dass es auf seinem Weg ins Bündnis nicht mehr aufgehalten werden kann. In dem Text für die Abschlusserklärung des Spitzentreffens wird der Pfad zur Nato-Mitgliedschaft als „irreversibel“ bezeichnet. Im Text wird erneut betont, dass eine formelle Einladung zum Beitritt erst ausgesprochen werden kann, wenn alle Alliierten

zustimmen und alle Aufnahmebedingungen erfüllt sind.

Der Text ist ein Kompromiss, der die unterschiedlichen Positionen im Bündnis zum Nato-Beitrittsprozess abbildet. Die Perspektive für die Ukraine ist innerhalb der Allianz seit Langem ein Streitthema. So lehnen es Länder wie Deutschland und die USA ab, in der derzeitigen Situation eine formelle Einladung zum Beitritt auszusprechen. Grund ist die Sorge, dass ein solcher Schritt zu einer weiteren Eskalation des Krieges führen könnte. (dpa) POLITIK

Heim wird immer teurer

Für Pflegebedürftige und ihre Familien steigen die finanziellen Belastungen seit Jahren. Der Trend setzt sich fort.

BERLIN – Die Eigenanteile für Menschen in Pflegeheimen sind erneut gestiegen. Wie eine am Mittwoch veröffentlichte Auswertung des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) ergab, müssen Pflegebedürftige für das erste Aufenthaltsjahr derzeit durchschnittlich 2871 Euro pro Monat selbst bezahlen. Das sind 211 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Der Verband und Verbraucherschützer forderten

die Ampel zum Gegensteuern auf.

Für das zweite Jahr stieg die monatliche Zuzahlung um 233 auf 2620 Euro. Im dritten Aufenthaltsjahr müssen 2284 Euro selbst gezahlt werden - 169 Euro mehr als im Vorjahr, im vierten 1865 Euro und damit 91 Euro mehr. Dass die Eigenbeteiligung mit zunehmender Aufenthaltsdauer geringer wird, ist durch die Zuschüsse der Pflegekasse begründet. Die steigen mit der Dauer an. Die von den Bedürftigen zu tragende Zuzahlung besteht aus Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Investition und Personal. (AFP) WIRTSCHAFT

Deutlich weniger Autos verkauft

STUTTGART – Es läuft zäh für die deutsche Autoindustrie. Alle drei großen Konzerne haben am Mittwoch Absatzzahlen für das erste Halbjahr bekannt gegeben - im Plus liegt auf Konzernebene keiner von ihnen. Relativ glimpflich kamen BMW mit einem Minus von 0,1 Prozent auf 1,21 Millionen Autos und VW mit 0,6 Prozent Rückgang auf 4,35 Millionen davon. Mercedes-Benz büßte dagegen 6 Prozent auf 1,17 Millionen ein. Bei Volkswagen schwächeln vor allem die Kernmarke und Audi. (dpa) WIRTSCHAFT

Wetter

Auch heute steigen die Temperaturen wieder über die 25-Grad-Sommermarke. Teilweise Schauer oder Gewitter.

Börse

DAX: + 0,94%
Aktuell: 18.407,22 | Vortag: 18.236,19

Nr. 158 | B 6205



Wenn's nicht rund läuft



Braucht mittlerweile jedweden Beistand: Joe Biden.

FOTO: MANUEL BALCE CENETA/DPA

sen zu sein, was ihn bisweilen etwas wunderbarlich erscheinen lässt. Trotzdem möchte er wieder antreten, was die Fans aus dem Lager der Demokraten nicht uneingeschränkt jubeln lässt.

Altersmäßig ist das, was Joe Biden für die US-Politik ist, Cristiano Ronaldo für den portugiesischen Fußball. Mit seinen 39 Jahren hat er zuletzt bei der Europameisterschaft nicht so richtig überzeugen können. Außer zu zeigen, dass echte Män-

ner auf dem Rasen weinen können, sei laut Expertenmeinung nicht viel rumgekommen. Und weil der Fußball in Portugal über Jahrzehnte sozusagen um Ronaldo herum konzipiert worden sei, wisse niemand genau, was passiert, wenn sich der Spieler gänzlich aus der Nationalmannschaft zurückzieht.

Womit wir wieder beim US-Präsidentschaftswahlkampf wären. Dort weiß auch niemand, was passie-

ren würde, wenn Joe Biden den Rasen der Weltpolitik verlässt. Der politische Nachwuchskader der Demokraten in den USA steht noch viel wackeliger da als jener im portugiesischen Fußball. In vier Jahren, zur Fußball-EM in Großbritannien und Irland, werden wir's wissen. Wo und ob Cristiano Ronaldo noch Fußball spielt. Und ob es Joe Biden noch in die politische Nachspielzeit geschafft hat. (nyf) untermstrich@schwaebische.de

Heute lesen Sie



FOTO: FABRICE COFFRINI/AFP

Thomas Müller

Nach 131 Länderspielen wird der 34-jährige Münchner seine DFB-Karriere beenden. **SPORT**

Der Blick auf die Schulen ist kritisch geworden

Von Ulrich Mendelin

RAVENSBURG – Gute Schulen gehören nicht nur zu den originären Zuständigkeiten der Landespolitik. Aus Sicht der Bevölkerung sind sie auch eine ihrer besonders wichtigen Aufgaben. Das haben bereits frühere Untersuchungen des BaWüChecks der baden-württembergischen Tageszeitungen gezeigt. Die Bürger machen in der Bildungspolitik teilweise erhebliche Mängel aus – und doch fällt das summarische Urteil der Bevölkerung und insbesondere von den Eltern schulpflichtiger Kinder vergleichsweise positiv aus.

Immerhin 47 Prozent der Bevölkerung und 53 Prozent der Eltern von Schulkindern bewerten die Schulen in Baden-Württemberg überwiegend positiv. 45 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sowie 42 Prozent der Eltern von Schulkindern äußern sich jedoch kritisch über den Zustand der Schulen in Ba-

den-Württemberg. Vergleiche mit früheren Untersuchungen des Allensbacher Instituts zeigen allerdings, dass sich das Meinungsbild über das Schulsystem deutlich verschlechtert hat. Vor rund zehn Jahren bewerteten noch 75 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung die Schulen in Baden-Württemberg positiv, lediglich 15 Prozent negativ.

Dabei zeigt die aktuelle Befragung, dass die Bürger die großen Belastungen des Lehrberufs sehen und den Pädagogen eine große Verantwortung zuschreiben. Sie sehen aber auch die schwierigen Rahmenbedingungen – etwa was die Beeinträchtigung des Unterrichtsniveaus durch Schüler angeht, die nicht ausreichend deutsch verstehen, und der Mangel an Lehrkräften. Dabei zeigt sich auch, dass das Außenbild der Bevölkerung vom Alltag in den Schulen in weiten Teilen kritischer ist als das Erfahrungsbild der Eltern.

Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollten die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWüCheck, genauer wissen und arbeiteten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als 1000 Menschen

im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten.

Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten

Deutschlands, auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück.

Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Onlineportalen der Tageszeitungen.

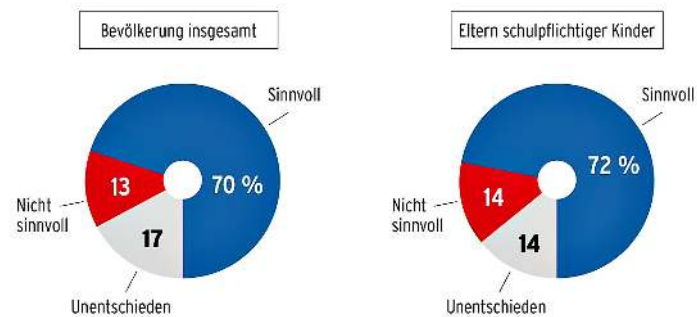


Frage: „Was verbinden Sie ganz generell mit Lehrern bzw. dem Lehrerberuf?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 684/1

Frage: „Die Landesregierung hat beschlossen, dass Baden-Württemberg ab dem kommenden Schuljahr vom achtjährigen Gymnasium, dem sogenannten G8, zum neunjährigen Gymnasium, dem G9, zurückkehren wird. Finden Sie die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium alles in allem sinnvoll oder nicht sinnvoll?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 684/1

Starker Rückhalt für das neunjährige Gymnasium

Trotz des kritischen Gesamturteils über die Bildungspolitik der baden-württembergischen Landesregierung finden einzelne Beschlüsse durchaus breite Zustimmung.

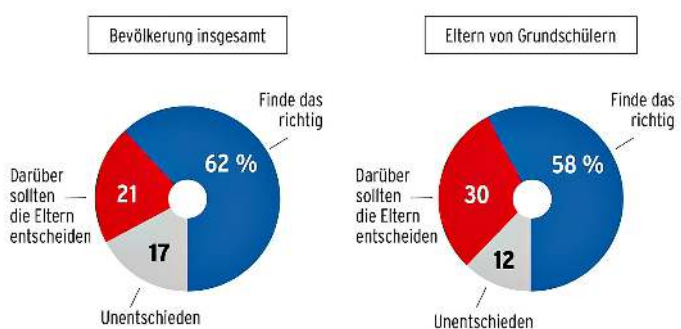
So halten es 70 Prozent der Bevölkerung und 72 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder für sinnvoll, dass Baden-Württemberg ab dem kommenden Schuljahr vom achtjährigen Gymnasium, dem sogenannten G8, zum neunjährigen Gymnasium, dem G9, zurückkehren wird.

Nur 13 beziehungsweise 14 Prozent sehen das anders und finden eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium, wie es vor 2004 an Baden-Württembergs Gymnasien üblich war, nicht sinnvoll.

Die Landesregierung hatte die Kehrtwende nach stetem Druck einer Elterninitiative im Frühjahr offiziell gemacht. G8 soll es zwar weiterhin in Baden-Württemberg geben, jedoch nur als Ausnahme. Standard ist dann wieder G9.

Geplant ist die Neuerung zum Schuljahr 2025/26. Eine Wechselmöglichkeit für ältere Schüler besteht nicht. Viele Details des Konzeptes müssen aber noch ausgearbeitet werden. Baden-Württemberg Ministerpräsident Kretschmann sagte im April zur G9-Rückkehr, die die grün-schwarze Koalition ausverhandelt hat: „Worauf wir uns geeinigt haben, übertrifft meine Erwartungen.“

Frage: „Die Landesregierung hat darüber hinaus beschlossen, die verbindliche Grundschulempfehlung wieder einzuführen. Das bedeutet, nicht mehr die Eltern entscheiden darüber, auf welche weiterführende Schule ein Grundschüler kommt, sondern die Grundschule bzw. die Noten. Finden Sie es richtig, dass die Grundschulen über die weiterführende Schule entscheiden, oder sollten darüber die Eltern entscheiden?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 684/1

Verbindlichkeit bei Grundschulempfehlung erwünscht

Wie die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums, wird auch die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung von einer breiten Mehrheit begrüßt: 62 Prozent der Bürgerinnen und Bürger finden es richtig, dass zukünftig wieder die Grundschulen und der Notenschnitt darüber entscheiden, auf welche weiterführende Schule ein Grundschüler kommt und nicht mehr die Eltern. 21 Prozent der Bevölkerung hingegen, dass darüber weiterhin allein die Eltern entscheiden sollten.

Eltern von Kindern, die derzeit eine Grundschule besuchen, sprechen sich ebenfalls mehrheitlich für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung aus. Allerdings ist bei ihnen der Anteil derer, die sich wünschen würden, dass weiterhin die Eltern darüber entscheiden sollten, auf welche weiterführende Schule ihr Kind gehen soll, mit 30 Prozent überdurchschnittlich hoch. Die verbindliche Grundschulempfehlung war 2012 von Grün-Rot abgeschafft worden.

Frage: „Man hört ja immer wieder davon, dass an manchen Schulen viele Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen in den Schulklassen sitzen und dadurch der Unterricht erschwert wird. Ist das an der Schule Ihres Kindes/Ihrer Kinder auch so, oder ist es dort nicht so?“



Basis: Baden-Württemberg, Eltern mit schulpflichtigen Kindern; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 684/1

Unterrichtsniveau durch mangelndes Deutsch gefährdet

Viele Schülerinnen und Schüler aus dem Südwesten kommen aus Familien, in denen zu Hause kein deutsch gesprochen wird. Das kann zu einem echten Problem im Schulunterricht führen, wenn die Vermittlung von Wissen schon an sprachlichen Hürden scheitert. Das hat Folgen für das Unterrichtsniveau der gesamten Klasse.

Fast die Hälfte – exakt 48 Prozent – der befragten Eltern in Baden-Württemberg – stellt das Integrationsproblem auch an der eigenen Schule fest. Dagegen sagen 37 Prozent

der Befragten, dies sei nicht der Fall. 15 Prozent äußern sich unentschieden. Auffällig ist vor allem, dass das Problem der mangelnden Deutschkenntnisse an Grundschulen noch etwas weiter verbreitet ist, als an den weiterführenden Schulen.

Während 47 Prozent der Eltern älterer Schülerinnen und Schüler die mangelnden Deutschkenntnisse in den Klassen als Problem ansehen, ist es bei den Grundschul-Eltern sogar mehr als die Hälfte der Eltern – nämlich 52 Prozent.

Mehrheit würdigt Leistung der Lehrer

Die Bevölkerung hat vor dem, was Lehrer leisten, großen Respekt. An der Spitze des Bildes, das die Bevölkerung vom Lehrerberuf hat, stehen die hohen Anforderungen und großen Belastungen sowie die Verantwortung, die Lehrer tragen. Mehr als 60 Prozent der Baden-Württemberger assoziieren mit dem Lehrerberuf häufige Auseinandersetzungen mit schwierigen Eltern und Kindern – wobei die Eltern noch etwas problematischer einschätzt werden als die Schüler selbst. 58 Prozent sind überzeugt, dass Lehrer eine große Verantwortung tragen, 55 Prozent betonen die hohe psychische Belastung.

Negative Klischees über den Lehrerberuf sind weit weniger weit verbreitet. So meint nur gut jeder Dritte, dass Lehrer oft nicht auf dem neuesten Stand sind oder dass sie zu viel über ihre beruflichen Belastungen klagen. Weniger als jeder Vierte hält Lehrer für schlecht im Umgang mit Kritik und nur jeder Fünfte meint, dass Lehrer oft schlecht mit Kindern umgehen können.

47 Prozent der Befragten glauben, dass der Beruf der Lehrkräfte sehr anstrengend ist – wohingegen nur 14 Prozent glauben, dass Lehrer viel Freizeit haben. Jeder zehnte Befragte gab zudem an, Lehrer würden viel Geld verdienen.

Frage: „Wenn Sie nach dem gehen, was Sie über die Schulen in Baden-Württemberg wissen oder gehört haben: Was sind an den Schulen die Hauptprobleme, die vordringlich gelöst werden müssen?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 684/1

Lehrermangel löst große Besorgnis bei Eltern aus

Das größte Problem an den baden-württembergischen Schulen ist der Mangel an Lehrern. Das sehen 62 Prozent der Bürger insgesamt und 59 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder so – kein anderer Mangel löst so viele Sorgen aus. An zweiter Stelle folgen zunehmende Gewalt an Schulen sowie ein Mangel an Deutschkenntnissen unter den Schülern, wobei in beiden Fällen die Gesamtbevölkerung dieses Problem noch etwas größer einschätzt als die Eltern von Schülern.

Vergleichsweise wenig Sorgen machen sich Bürger im Allgemeinen und Eltern im Besonderen über eine womöglich nicht ausreichende Ausbildung von Lehrern und den Mangel an Ganztagsangeboten – diese beiden Punkte sind jeweils nur für etwa ein Fünftel der Befragten vordringlich. Auffallend ist, dass nur in wenigen Punkten die Sorgen der Eltern größer sind als im Bevölkerungsdurchschnitt. Der Fall ist dies bei den Themen Unterrichtsausfall, Klassengröße und Leistungsdruck.